

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Theodor Rathgeber

Abschiebungen nach Afghanistan

Die Abschiebeflüge nach Afghanistan werden, nach kurzzeitiger Unterbrechung, fortgesetzt, obwohl die Sicherheitslage im Land von der deutschen Bundesregierung nicht abschließend bewertet werden kann. Eine Charter-Maschine brachte am 12. September vom Flughafen Düsseldorf acht Flüchtlinge nach Kabul. Das Auswärtige Amt hat bislang lediglich einen Zwischenbericht, aber keinen neuen Lagebericht zu Afghanistan vorgelegt (vgl. Beitrag im Heft). Der Befund lautet, dass die bisherige Position der Bundesregierung nicht korrigiert werden müsse. Abschiebungen soll es weiterhin „in Einzelfällen“ geben, die Sicherheitslage hänge unter anderem von der Region, den persönlichen Umständen und der ethnischen Herkunft der Betroffenen ab. Wer jedoch genau wo, wie und wann in Afghanistan vergleichsweise wenig gefährdet sein soll – die konkrete Antwort bleibt die Bundesregierung schuldig. Menschenrechtsorganisationen kritisieren vehement, dass niemand in eine lebensgefährdende Situation abgeschoben werden sollte. Nach Angaben der Vereinten Nationen gab es im Zeitraum zwischen Januar und Ende Mai 2017 acht große Anschläge in Kabul – darunter den Anschlag vor der deutschen Botschaft im Mai mit über 100 Toten – und 42 große Anschläge in anderen Landesteilen. Das bisher als sicher gepriesene Kabul zählte im ersten Halbjahr 2017 mehr als 1000 Tote und Verletzte bei Anschlägen. Am stärksten hat die Gewalt im Osten und Süden zugenommen, heißt es im jüngsten Dreimonatsbericht an den UN-Sicherheitsrat. Anfang September massakrierten Taliban und IS-Gruppen in einer gemeinsamen Aktion 50 Dorfbewohner im Norden des Landes, der im Vergleich zu anderen Landesteilen immer als vergleichsweise sicher galt. Laut offiziellen Zahlen leben in Deutschland rund 250.000 Afghan(inn)en. Darunter fallen nach Angaben des Bundesinnenministeriums etwa 5000, die als „ausreisepflichtig“ erachtet werden und keine Duldung haben. Im vergangenen Jahr hat Deutschland laut Innenministerium 324 Afghanen zwangsweise zurückgeschickt. In der ersten Jahreshälfte 2017 waren es 261.

Frauen in Afghanistan – ohne Namen

Frauen haben in Afghanistan keine Namen, zumindest nicht in der Öffentlichkeit. Sie heißen die „Tochter von Gul Ahmad“, „Mutter von Baryalai“, „Frau von Taj Mohammad“. Die Autorin einer Social-Media-Kampagne

(Hashtag #WhereIsMyName), Waslat Hasrat-Nazimi, schreibt, dass viele Männer sich lieber die Hand abhacken würden, als den Namen ihrer Frau zu nennen. Stattdessen wird sie mit die „Mutter der Kinder“ oder „Mein Haushalt“ betitelt. Selbst auf ihrem Grabstein kommt der Name einer Frau nicht vor. Im Gegenzug gilt: Löst eine Frau in den Augen der Gesellschaft einen Skandal aus, ist nicht nur ihr, sondern sind auch der Name der Männer ihrer Familie beschädigt. Die Konsequenz: „Besorgte“ Männer verschließen für Frauen viele Türen nach draußen. Der dahinterstehende Ehrenkodex entstammt vorislamischer Zeit und findet sich auch außerhalb Afghanistans. Um eine in Gefahr geratene oder verlorene Ehre wiederherzustellen, scheidet man(n) auch vor Gewalt nicht zurück. Selbst Mord ist eine gesellschaftlich tolerierte Sanktion gegen Frauen. Hunderte von Posts mit dem Hashtag fluten Facebook und Twitter. Künstler/-innen und Politiker/-innen unterstützen die Kampagne, indem sie Fotos von sich und Fotos ihrer Frauen teilen. Allerdings trauen sich nur wenige Frauen, ihre eigenen Fotos zu posten. Es gibt auch in Afghanistan Familien, die sich dieser Tradition widersetzen. Präsident Ashraf Ghani zeigt sich oft mit seiner Frau aus christlich-libanesischer Familie an seiner Seite; anders als seine Vorgänger.

Taliban kontrollieren 40 Prozent

Die Taliban haben sich in einigen, vor allem ländlichen Teilen Afghanistans wieder festgesetzt. Sie nutzen die Wut der Einheimischen über zivile Opfer bei Luftangriffen durch die USA. Seit Beginn der Amtszeit von US-Präsident Donald Trump haben sie wieder merklich zugenommen. Nach Angaben der US-Regierung befinden sich rund 40 Prozent des Landes entweder bereits unter Kontrolle der Taliban oder stehen kurz davor. Die Provinz Nangarhar im Osten Afghanistans gehört dazu. Auch die Menschen aus der Provinzhauptstadt Dschalalabad meiden die im Distrikt liegenden Dörfer. Die Regierung in Kabul hat hier nichts zu sagen, und ein Taliban-Kommandeur versichert ernsthaft, dass hier Recht und Ordnung herrsche. Nicht einmal Diebstähle gebe es. Es handelt sich jedoch um keine Idylle. Der Kriegszustand hat die eigentlich multiethnische Gesellschaft sozial und politisch fragmentiert. Der öffentliche Raum für Frauen schwindet, die Zivilgesellschaft wird zwischen militärischer Logik, Straflosigkeit auf Seiten der Mächtigen und Misstrauen gegen jeden zerrieben. Wenn jemand dringend Unterstützung benötigt, dann die Frauen.